

Aktionsbündnis Ultranet

## **Mittwoch, 21. Oktober: Erstmals großes Protestcamp vor der Bundesnetzagentur in Bonn**

„Die Bürgerbeteiligung ist eine Farce“ – zu diesem Eindruck sind die im „Aktionsbündnis Ultranet“ organisierten Bürgerinitiativen aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen nach ihrem jahrelangen Kampf für **mastenfreie Wohngebiete im Zuge des Netzausbaus** gekommen. Die gemeinsam mit Kommunen, Landkreisen und Vertretern der Länder erarbeiteten und eingereichten Verbesserungsvorschläge für einen Ausbau, der Wohngebiete und schädliche Immissionen entlastet, wurden vom Tisch gewischt. Mit einem Protestcamp vor der Bundesnetzagentur wollen wir die Öffentlichkeit auf die eklatanten Missstände der aktuellen Energiepolitik hinweisen.

### **Unsere Fragen:**

- **Warum gibt es eine Öffentlichkeitsbeteiligung – wenn Einwände/Verbesserungsvorschläge von Bürgern, Kommunen, Kreisen und Ministerien der Länder von der Bundesnetzagentur ignoriert werden und noch nicht einmal minimale Anpassungen an der Streckenführung genehmigt werden?**
- **Wie kann ein zukunftsorientierter Netzausbau stattfinden, der tatsächlich dazu führt, lokale Trassenanpassungen schon in der Bundesfachplanung und Planfeststellung zuzulassen?**
- **Warum wird nichts dafür getan, um stark belastete Regionen zu entlasten? Was tut die Bundesnetzagentur für den Menschen- und Gesundheitsschutz?**
- **Stehen die Wirtschaftsinteressen über allem?**

**Wir meinen: Wer die Energiewende will, muss die Menschen auf dem Weg dahin mitnehmen und darf nicht gegen sie handeln!**

## **ZEITPLAN DES PROTESTCAMPS AM 21. OKTOBER**

vor der Bundesnetzagentur in Bonn, Tulpenweg 4

- 10 Uhr Aufbau von Zelten durch die Abordnungen aller BIs im Aktionsbündnis
- 12 Uhr Diskussionsrunde mit Vertretern des Aktionsbündnisses, der betroffenen Kommunen und Landkreise, von Politik und der Bundesnetzagentur
- 14 Uhr Pressekonferenz

Hintergrund: Weltweit erstmalig soll bei dem Projekt ULTRANET die Übertragung von Gleich- und Wechselstrom auf denselben Strommasten des Bestandes erfolgen. Gleich- und Wechselstrom wurden weltweit noch nie zuvor gleichzeitig auf einem Strommast betrieben.

Die betroffenen Menschen – die zum Teil nur wenige Meter von den Leitungen entfernt oder gar unter ihnen wohnen, die nun „aufgerüstet“ werden sollen – werden einem Pilotprojekt/Feldversuch ausgesetzt. Die **gesundheitlichen Risiken** werden sich erst nach Jahrzehnten zeigen. Studien oder Beweise für die Ungefährlichkeit dieser beiden Übertragungstechniken auf einem Mast gibt es nicht, die Lärmentwicklung durch die Gleichstromleitung ist immens. Es wird eine mögliche Gesundheits- und Umweltgefährdung billigend in Kauf genommen, wenn eine nicht erforschte Technik weltweit erstmals in dieser räumlichen Nähe zur Wohnbebauung zum Einsatz kommen soll,

Der **gesetzlich vorgeschriebene Mindestabstand** für den Neubau von Gleichstromtrassen **von 400 Metern zur Wohnbebauung** und der Erdkabelvorrang vor Freileitungen gelten einzig beim Projekt Ultranet nicht, da der Vorhabenträger die Bestandsleitungen ausbauen will.

**Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier** hat bei einer Veranstaltung zum Thema Netzausbau/Ultranet am 2. Februar 2019 in Niedernhausen den verunsicherten Bürgern versprochen, ihre Bedenken um Gesundheitsgefahren und der Lärmproblematik ernst zu nehmen und sich dafür einzusetzen, dass **alle technisch machbaren Lösungen bei der Planung berücksichtigt werden**. Er hat die Funktionsträger aus Kommunen, Kreis und Land nebst Bürgerinitiativen aufgefordert, sich aktiv mit Lösungsvorschlägen an der Planung zu beteiligen. Das haben sie gemacht, aber jetzt wurde deutlich: Alles war umsonst! Die

Öffentlichkeitsbeteiligung ist für die Bundesnetzagentur nur eine Farce, sie führt Land und Kommunen vor und ist unwillig, den Minimalkonsens von Verschwenkungen der Leitungen um die Wohngebiete herum zu genehmigen, weil sie Angst vor Präzedenzfällen hat.

Trotz mehrfacher Zusagen einer Einbindung der Öffentlichkeit in die Planung nimmt die Bundesnetzagentur ihre durch das NABEG vom Gesetzgeber zugestandene raumplanerische Verantwortung nicht ausreichend wahr. Vorschläge der Bürger und Kommunen werden vom Tisch gewischt, es wird ausschließlich der Argumentation des Vorhabenträgers Amprion gefolgt.

**Das Aktionsbündnis Ultranet möchte Sie recht herzlich zur  
Berichterstattung zu dieser Veranstaltung einladen.**

**Kontakt:**

**Karin Lübbers, BI Hofheim**

**An der Kleewiese 2**

**65719 Hofheim**

**Mobil: 0162 – 2531316**

**[www.ultranet-wollnmernet.de](http://www.ultranet-wollnmernet.de)**

**Aktionsbündnis Ultranet**